

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Paul Schäfer (Köln),
Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/1559 –**

Von der Konfrontation zur Kooperation – Deutsch-russische Beziehungen verbessern

A. Problem

Die Antragsteller stellen fest, dass das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland über Jahrzehnte und bis heute ausschlaggebend für Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa war. Sie halten die Zusammenarbeit mit Russland für unverzichtbar zur Lösung wichtiger europäischer und weltweiter Probleme. Dazu gehören unter anderem: die Abrüstung und die Rüstungskontrolle einschließlich des Kampfes gegen die Weiterverbreitung von ABC-Waffen sowie die diplomatische und zivile Bearbeitung und Beilegung von Konflikten.

Darüber hinaus, so die Antragsteller, sei die mittelfristige Abhängigkeit Deutschlands und der EU von energetischen Rohstoffen aus Russland wechselseitiger Natur. Russland habe weitreichende Pläne zur Modernisierung seiner Wirtschaft, Technologie und Wissenschaft. Die intensive wirtschaftliche Verflechtung, globale Abhängigkeit und Vernetzungen erforderten gemeinsame Ansätze und internationale Kooperation im gegenseitigen Interesse. Zwischen den Zivilgesellschaften in Russland und in Deutschland gebe es vielfältige Beziehungen. Aussöhnung und Zusammenarbeit sei nicht nur staatliche Aufgabe, sondern müsse von unten wachsen.

Mit dem Antrag unter dem Titel: „Von der Konfrontation zur Kooperation – Deutsch-russische Beziehungen verbessern“ möge daher der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern:

1. die Vorschläge des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew für einen neuen Vertrag über europäische Sicherheit ernsthaft zu prüfen und darüber sowohl bilaterale als auch unter Einbindung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und in der Europäischen Union multilaterale Verhandlungen zu führen;
2. sich dafür einzutreten, dass in Europa keine Raketenabwehrsysteme installiert werden, die die Sicherheit der Partner direkt oder indirekt untergraben;
3. den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland so schnell wie möglich einzuleiten;

4. am KSZE-Prozess (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und den in der Charta von Paris beschriebenen Sicherheitsoptionen anzuknüpfen;
5. die OSZE zu einer regionalen Organisation im Sinne der Charta der Vereinten Nationen mit eigener Völkerrechtssubjektivität auszubauen;
6. aktiv für Abrüstung zu wirken und dabei
 - die russische Duma und den US-amerikanischen Kongress aufzufordern, den von ihren Regierungen am 8. April 2010 unterzeichneten START-Vertrag zeitnah zu ratifizieren,
 - taktische Atomwaffen kurzer Reichweite (bis 500 km) in Abrüstungsvereinbarungen einzubeziehen,
 - die Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme der Abrüstung konventioneller Waffensysteme und die Reduzierung der Truppenstärken der Streitkräfte voranzutreiben,
 - gegenüber Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika für ein atomwaffenfreies Mitteleuropa einzutreten;
7. die Strukturen der Zusammenarbeit mit Russland auf allen zivilen, politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ebenen zu intensivieren;
8. gemeinsam mit Russland und im Rahmen der Europäischen Union antirussische Ängste auch in Osteuropa ernst zu nehmen und durch vertrauensbildende Maßnahmen abzubauen und
9. den 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zum Anlass zu nehmen, Geschichtsrevisionismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland, aber auch in Russland, entschlossen abzulehnen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/1559 abzulehnen.

Berlin, den 7. Juli 2010

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Manfred Grund
Berichterstatter

Franz Thönnes
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Manfred Grund, Franz Thönnies, Dr. Rainer Stinner, Wolfgang Gehrcke und Marieluise Beck (Bremen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/1559** in seiner 40. Sitzung am 6. Mai 2010 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/1559 in seiner 22. Sitzung am 7. Juli 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/1559 in seiner 16. Sitzung am 16. Juni 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/1559 in seiner 20. Sitzung am 7. Juli 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/1559 in seiner 17. Sitzung am 7. Juli 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 7. Juli 2010

Manfred Grund
Berichterstatter

Franz Thönnies
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatterin